

„Deswegen bleibt uns nichts anderes übrig als diese peinliche Unterwerfung“

Von Nicolas Walter

Stand: 05:22 Uhr | Lesedauer: 10 Minuten



Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU)

Quelle: Jose Giribas/picture alliance/SZ Photo; Montage: Infografik WELT/Stephanie Kock

Den Europäern bleiben nur „Huldigungsgesten“ gegenüber Trump: Politikwissenschaftler Bierling seziert das Ausmaß der Abhängigkeit von den USA – und was daraus für die Ukraine-Verhandlungen folge. Und er erklärt, welche Form westlicher Truppenstationierung Putin abschrecken würde.



Zusammenfassung



Artikel teilen



Drucken



412

Kommentare

Stephan Bierling ist Professor für internationale Politik und transatlantische Beziehungen an der Universität Regensburg. In der Vergangenheit hatte der 63-Jährige verschiedene Gastprofessuren inne, unter anderem in den USA, Südafrika, Israel und Australien.

Bierling: Nein, es ist das Einzige, was uns möglich ist. Das wird schon dadurch deutlich, dass Trump die Europäer antanzen lässt wie Schuljungs und -mädels. Sie versuchen sich gegenseitig mit Huldigungsgesten zu übertreffen, selbst Selenskyj kommt auf einmal im Anzug daher. Alle wissen, wie unglaublich groß die sicherheitspolitische und ökonomische Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten ist. Wir haben uns immer eingeredet, dass uns die Amerikaner dauerhaft beschützen werden, wenn es drauf ankommt. Das ist nicht mehr der Fall. Auf diese Zeit haben wir uns aber nie vorbereitet. Deswegen bleibt uns nichts anderes übrig als diese peinliche Unterwerfung.

WELT: Sie haben die Kleidung von Wolodymyr Selenskyj schon angesprochen. Der ukrainische Präsident wurde vor wenigen Monaten von einem US-Journalisten für sein häufig legeres Outfit bei Staatsbesuchen kritisiert. Sie würden sagen, Selenskyj wollte damit nun bewusst ein Zeichen setzen?

Bierling: Absolut. Das ist ein Ausdruck dessen, dass man Trump gefällig sein muss. Wenn die Ukraine sich selbst und die Europäer die Ukraine am Leben halten möchten, sind sie mindestens noch fünf bis zehn Jahre auf das Wohlwollen der USA angewiesen. So lange wird es dauern, selbst bei den größten Anstrengungen, bis wir unsere eigene Verteidigung (<https://www.welt.de/politik/deutschland/plus256279954/schlagkraft-der-bundeswehr-operation-schlafmuetze.html>) g einigermaßen organisiert haben werden. Und das ist wirklich das Best-Case-Szenario. Deshalb werden wir vom Anzug bis hin zu Schmeicheleien für Trump alles tun müssen, um den US-Präsidenten die übrigen dreieinhalb Jahre seiner Amtszeit an Bord zu halten.



Von links: Merz, Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni und US-Präsident Donald Trump

Quelle: picture alliance/SvenSimon-ThePresidentialOfficeU/Presidential Office of Ukraine

WELT: Neben der Anzugsjacke wird nun auch in andere Details viel hineininterpretiert. Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron saßen direkt neben Donald Trump. Friedrich Merz (<https://www.welt.de/politik/deutschland/plus68922d87eococo78eoc45b8e/regierungschefs-der-republik-100-tage-merz-wo-er-im-kanzler-vergleich-steht.html>) wurde dagegen an den Rand des Tisches platziert. Kann man daraus schließen, dass Italien und Frankreich in Trumps Augen eine wichtigere Rolle spielen als Deutschland?

Bierling: Nein, so weit würde ich nicht gehen. Das Treffen im Weißen Haus wurde ja quasi über Nacht angesetzt. Wahrscheinlicher ist, dass sie auf die Schnelle keinen runden Tisch parat hatten. Die Sitzordnung würde ich nicht überbewerten. Auch vom Tischende aus hat Merz die kraftvollste Verteidigung Selenskyjs (<https://www.welt.de/politik/ausland/article68a42ae7f3b330071984600a/masala-zu-ukraine-gipfel-merz-war-bei-trump-der-erste-der-nicht-auf-diese-schleimspur-gegangen-ist.html>) hingelegt.

WELT: Wie bewerten Sie die Rolle von Merz im Weißen Haus?

Bierling: Merz ist ein ganz anderer Charakter als seine Vorgänger Olaf Scholz oder Angela Merkel. Er strahlt Führung aus. Er hat sich bei dem Treffen im Grunde auch als der kritischste Protagonist gegenüber Trump präsentiert. Als er den US-Präsidenten dazu aufforderte, an der Forderung eines Waffenstillstands festzuhalten, da verzog Trump zum einzigen Mal eine Miene und machte nicht mehr ganz so stark auf Nice Guy. Am Ende kann aber man lange darüber diskutieren, ob es jetzt ein besserer oder schlechterer Auftritt war, letztlich entscheidet sich in der internationalen Politik im Moment alles in der Frage, wie viele Stiefel wir bereit sind, für die Sicherheit der Ukraine einzusetzen.

Außenminister Johann Wadepuhl (**CDU, d. Red.**) hat Friedrich Merz entsprechend einen Bärendienst erwiesen, als er in vorausseilender Selbstaufgabe wenige Stunden vor dem Treffen ankündigte, Deutschland werde keine Truppen in der Ukraine stationieren. Wenn wir ernsthaft etwas für die Ukraine tun und es nicht nur bei schönen Worten belassen wollen, dann müssen wir die Sicherheitsgarantien, die jetzt im Gespräch sind, dadurch manifestieren, dass wir nach einem Waffenstillstand europäische Truppen an der Ostflanke der Ukraine stationieren. Das ist die einzige Garantie, dass Putin die Ukraine nicht noch mal überfällt.



Stephan Bierling ist Politik-Professor an der Universität Regensburg

Quelle: via Stephan Bierling

WELT: Militärisches Engagement wird in Deutschland traditionell allerdings skeptisch betrachtet. Schränkt das die Handlungsfreiheit von Merz ein?

Bierling: Natürlich schränkt ihn das ein. Merz reagiert immer wieder auf öffentliche Stimmungen. Bisher hat er nicht nachgewiesen, dass er nach markigen Worten dazu bereit ist, auch markige Entscheidungen zu treffen. Viel Geld ausgeben und die Schulden auf die nächste Generation abladen, kann jeder. Aber Entscheidungen zu treffen, die die Zukunft der Sicherheit Deutschlands und Europas garantieren, das erfordert eine absolute Führungsfigur vom Schlage eines Adenauer oder Kohl.

WELT: Trauen Sie ihm das zu?

Bierling: Vom Charakter her traue ich ihm das zu. Auch alterstechnisch hat Merz nicht mehr die ganz große Zukunft vor sich, er wird vielleicht noch einmal wiedergewählt werden, und ohne diese persönlich langfristige Perspektive kann er verhältnismäßig frei agieren. Das wäre bei einer Person, die noch Jahrzehnte an Karriere vor sich hat, anders.

Das größere Problem für Merz ist die SPD, sie ist der Problembär der deutschen Außenpolitik. Sie ist in den letzten 25 Jahren in jeder wichtigen Frage falsch gelegen, beim Hofieren Putins, bei Nord Stream 1 und 2, beim Ruinieren der Bundeswehr, auch jetzt hat sie schon wieder pazifistische Zuckungen. Aber die SPD ist im Moment wahlarithmetisch der einzige Koalitionspartner. Da wären die Grünen in der Außenpolitik wahrscheinlich verlässlicher.

WELT: Bräuchte es denn ein Bundestagsmandat, wenn Deutschland Bundeswehrsoldaten zur Friedenssicherung in die Ukraine entsenden würde?

Bierling: Wahrscheinlich bräuchte es das, aber man könnte es zum Beispiel auch als kollektive Friedenssicherungsmission deklarieren, dann wäre das vielleicht nicht unbedingt erforderlich. Es wird auf jeden Fall kein UN-Mandat geben, das würden Russland und China blockieren, aber man könnte eine Stationierung im Rahmen einer Koalition der Willigen innerhalb der Nato laufen lassen.

Wahrscheinlicher ist aber, dass man den Weg über den Bundestag gehen wird, was im Grunde ein Holzweg ist. Wir Deutschen haben uns mit dem Parlamentsvorbehalt selbst ein Korsett angelegt. Keine andere große Demokratie braucht die Zustimmung des Parlaments, um sein Militär in einem anderen Land auf dessen Einladung hin zu stationieren. Der Bundestag hat viel zu viel Macht in der Sicherheitspolitik. Mit den aktuellen Mehrheitsverhältnissen wird sich das aber auch nicht ändern lassen.

WELT: Was müsste der Westen nach dem Gipfel aus Ihrer Sicht jetzt tun?

Bierling: Es gibt drei Dinge, die der Westen verfolgen sollte. Das sind erstens Waffenlieferungen

(<https://www.welt.de/politik/ausland/plus687a24443e67c8722e9b43da/waffenlieferungen-die-gefaehrliche-luecke-beim-ruestungs-deal-fuer-die-ukraine.html>) in großem Maße, vor allem hochmoderne Luftabwehr und längerreichende Raketen wie den Taurus.

Zweitens müssten die Sanktionen gegenüber Russland verschärft werden. Trump hat sich da allerdings dabei schon rausgenommen, um seinem Buddy im Kreml zu gefallen. Aber auch die Europäer haben Putin schon einige Ultimaten gesetzt und am Ende nichts getan. Die EU kauft nach wie vor für Milliarden von Euro Gas und Kohle (<https://www.welt.de/wirtschaft/plus6888d8cdfb78b37c64a194bc/fluessiggas-boom-diese-aktien-profitieren-vom-energie-pakt-zwischen-trump-und-der-eu.html>) aus Russland ein und finanziert damit Putins Vernichtungskrieg.

Drittens müssen die Europäer der Ukraine glaubhafte Sicherheitsgarantien an die Hand geben. Europäische und am besten auch amerikanische Truppen müssen in der Ukraine nach einem Waffenstillstand stationiert werden, um den Frieden zu sichern.

WELT: Das russische Außenministerium hat vor dem Treffen von Trump, Selenskyj und den europäischen Staatschefs bekräftigt, dass Russland keine Truppen aus Nato-Staaten zur Friedenssicherung in der Ukraine akzeptieren würde.

Bierling: Putin hat in der Vergangenheit vieles akzeptiert, was er zuvor als rote Linien bezeichnet hatte. Ich denke da vor allem an seine Drohungen gegenüber westlichen Waffenlieferungen. Wenn wir alles davon abhängig machen, was der Kreml akzeptiert, werden wir in dieser insgesamt schrecklichen Situation nicht weiterkommen. Es wird nur funktionieren, wenn wir den Druck auf Putin massiv erhöhen – sowohl militärisch als auch ökonomisch.

WELT: Bei den Sicherheitsgarantien wird auch darüber diskutiert, ob Zusicherungen nach dem Vorbild des Artikels 5 des Nato-Vertrages verankert werden sollen. Was halten Sie davon?

Bierling: Artikel 5 des Nato-Vertrags ist erst mal schön zu lesen, aber er steht vor allem auf Papier. Viele Friedens- und Konfliktforscher liegen vollkommen daneben, wenn sie glauben, dass so etwas Russland von einem Angriff abhält. In der Realität funktioniert Artikel 5 nur, weil amerikanische Truppen in Europa stationiert sind. So muss auch eine Sicherheitsgarantie für die Ukraine aussehen. Eine verbale oder schriftliche Zusage von Trump oder Merz hilft der Ukraine wenig. Solange nach einem Waffenstillstand keine Truppen an der Ostgrenze des Landes stehen, glaubt niemand ernsthaft, dass der Westen die Ukraine verteidigen würde. Für Putin ist eine westliche Truppen-Stationierung die größte Abschreckung. Wenn wir das nicht haben, ist alles andere Schall und Rauch.

WELT: Dass die USA unter Donald Trump eigene Truppen in die Ukraine verlegen, scheint aktuell allerdings schwer vorstellbar.

Bierling: Dabei sind die Amerikaner die Einzigen, die wirklich Abschreckungspotenzial haben. Allerdings halte ich es auch für eher ausgeschlossen, dass sich die USA mit Truppen beteiligen würden – zumindest unter diesem Präsidenten. Im Leben bekommt man leider nicht immer das, was man möchte. Erst recht nicht in der Sicherheitspolitik.

Dann müssten wir Europäer eben die zweitbeste Lösung wählen. Das wären ausschließlich europäische Truppen in der Ukraine. Dabei wäre es unbedingt notwendig, dass mit Großbritannien und Frankreich als Atommächte und Deutschland als finanzkräftigstes Land die großen Drei dabei wären. Wenn dann noch die Polen, Skandinavier und Balten aktiviert mitmachten, dürfte das eine durchaus abschreckende Wirkung für Putin haben.



WELT: Wenn es zu einer Einigung zwischen der Ukraine und Russland kommen sollte, müsste die Ukraine wohl Gebietsabtretungen hinnehmen. Welche Folgen hätte ein Landverzicht für die ukrainische Innenpolitik und für Selenskyjs Position?

Bierling: Wir müssen zuvor definieren, was „Land abgeben“ genau heißt. In Deutschland haben wir auch einmal Land abgegeben, nämlich den Osten, der 1945 von der Sowjetunion besetzt wurde und den sie sich ab 1949 als Marionettenregime DDR hielt. Wir haben aber den völkerrechtlichen Anspruch nie aufgegeben, dass dieses Gebiet Teil Deutschlands ist. Und das war die Voraussetzung für die Wiedervereinigung, die zuvor von den meisten nicht als realistische Perspektive wahrgenommen wurde. Hätten wir die Gebiete de jure abgetreten, dann wäre dies nicht möglich gewesen.

Man kann also einen Status quo de facto akzeptieren, ohne den Rechtsanspruch aufzugeben. Das wäre eine Möglichkeit, die auch Selenskyj anstreben könnte. Und dann kann man darauf hoffen, dass irgendwann das Regime von Putin kollabiert und sich die Ideen von Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung in Russland durchsetzen werden und die neuen Machthaber die besetzten Gebiete der Ukraine aufgeben. Auch wenn es aktuell vielleicht illusorisch erscheinen mag – wir Deutsche haben 1990/91 erlebt, dass es klappen kann.

Stephan Bierling hat sich in zwei Büchern politikwissenschaftlich mit der Präsidentschaft von Donald Trump beschäftigt, zuletzt erschien Ende 2024 von ihm „Die Unvereinigten Staaten. Das politische System der USA und die Zukunft der Demokratie“. In „America First: Donald Trump im Weißen Haus“ zog er eine Bilanz zur ersten Amtszeit des Republikaners.

Politikredakteur Nicolas Walter berichtet für WELT über gesellschaftspolitische Entwicklungen im In- und Ausland.



Startseite



Artikel teilen



Drucken



412

Kommentare